US-Präsident Donald Trump hat ein makelloses Timing. Gerade als die europäische EU- und NATO-Elite – die so tief in der Biden-Administration verwurzelt war – ihre Mängel an Kompetenz und Loyalität gegenüber den eigenen Interessen so eindrucksvoll zutage treten lässt, betritt er die Bühne. Fürwahr, es wäre ein historisches Versäumnis gewesen, dieses Geschenk des Himmels nicht auszunutzen, um die US-Hegemonie zu festigen. Denn, wie unser Autor, Botschafter a. D. **György Varga**, bemerkt: Wo Inkompetenz regiert, da winken Chancen für den, der weiß, wie man sie ergreift. Aus dem Ungarischen übersetzt von **Éva Péli**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250806_Botschafter_a_D_Gyoergy_Varga_Wertebasiertes_Weltwirtschaftschaos_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Erinnern Sie sich an den Jubel in Europa, als die NATO-Länder im Juni selig zustimmten, ihre Militärausgaben innerhalb eines Jahrzehnts von zwei auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen? (Eine zweieinhalbfache Steigerung, die auch für die US-Rüstungsindustrie einen entsprechenden Gewinnzuwachs bedeutet!)

Die „Koalition der Willigen“ feierte es als Triumph der Diplomatie, dass es ihr mit Hilfe von NATO-Generalsekretär Mark Rutte und dem deutschen Kanzler Friedrich Merz gelang, Donald Trump zu überzeugen, die Waffenlieferungen an die Ukraine fortzusetzen. Der Präsident, in seiner großmütigen Güte, gab am 14. Juli seinen Segen. Das Ergebnis? Die dankbaren Europäer übernehmen fortan die zweistelligen Milliardenrechnungen für US-Waffenlieferungen und die vollständige Finanzierung des Ukraine-Krieges.

Zölle, Bodenschätze und die europäische Überraschung

Doch damit nicht genug des Segens. Präsident Trump erkannte mit scharfem Blick, dass den Europäern trotz alledem noch zu viel Geld bliebe. Also wurde kurzerhand ein 30-prozentiger Importzoll auf europäische Exporte in die USA verhängt. Angesichts eines Exportvolumens von rund 600 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 sind die zusätzlichen Zolleinnahmen von rund 180 Milliarden US-Dollar wohl eine willkommene Einnahmequelle für Washingtons Haushalt.

Und um Europa die Last der künftigen ukrainischen Bodenschätze-Förderung (und deren

Erträge!) zu ersparen, wurde in einer Geste der humanitären Erleichterung ein Bodenschätze-Abkommen zwischen Washington und Kiew geschlossen. Als Ausgleich für die 350 Milliarden Dollar Militärhilfe – man müsse ja schließlich Bilanz ziehen, so Trump. Die ukrainische Rada hat, in weiser Voraussicht, bereits ratifiziert.

Präsident Trump ist recht draufgängerisch und kann sechs Monate nach seinem Amtsantritt bereits ernsthafte Erfolge bei der Abschöpfung der ohnehin schon beklagenswerten Wirtschaft der Europäischen Union vorweisen. Ein simples, doch geniales Konzept: Das Geld in die USA, die Waffen in die Ukraine, die Rechnung an die EU.

Die Kunst der Selbsttäuschung: Wenn die Realität zur Nebensache wird

Die oben beschriebenen Ereignisse sind, wie wir wissen, lediglich die einfachen Folgen der Entscheidungen des US-Präsidenten. Sollten jedoch irgendwelche analytischen Ökonomen die Kühnheit besitzen, deren gegenseitige oder kumulierte wirtschaftliche Auswirkungen auf die 450 Millionen Einwohner, Unternehmen und sämtliche Steuerzahler der EU zu projizieren, nun, dann würde Europa wohl ein gewisses Entsetzen überkommen. In einigen Ländern scheint dieses „Entsetzen“ auf Regierungs- und Expertenebene bereits leise durchzusickern.

Die EU-Hauptströmung hingegen zeigt sich bewundernswert unbeeindruckt. Mit stoischer Gelassenheit fährt sie fort, die entstandenen Schäden unter einem Teppich aus moralischen Kommunikationsklischees zu verbergen. Die Verabsolutierung des Ukraine-Krieges erweist sich hierbei als wahres Meisterstück der Ablenkung. Sie erlaubt es, jede unliebsame Tatsache und jeden störenden Zusammenhang aus der Debatte zu verbannen, denn schließlich dienen wir einer heiligen Sache. Und bei heiligen Dingen, meine Damen und Herren, muss man glauben, nicht rechnen.

Angesichts der objektiven Gegeninteressen der europäischen Länder an diesen höchst „wertebasierten“ Prozessen drängt sich auch dem Durchschnittsbürger eine brennende Frage auf: Wenn der Präsident der Vereinigten Staaten es wagt, mutig „America First“ zu proklamieren – also ganz offen die USA zum obersten Begünstigten seiner Regierungspolitik zu erklären –, warum, so fragen sich die naiven Gemüter, tut die europäische politische Elite dann das genaue Gegenteil mit der EU?

Die neue Normalität: Wenn die Vernunft Pause macht

Ist es etwa handelbare Normalität, dass der Kanzler Deutschlands, dieses tapferen Landes, das sich seit Jahren durch einen wirtschaftlichen Rückgang kämpft, die Finanzierung eines

Krieges außerhalb der EU und NATO mit solcher Inbrunst vorantreibt? Und das, während sein eigenes Land eine Energiekrise durchlebt und freudig seine Märkte und Energiequellen aufgibt – sogar andere dazu anstachelt, es ihm gleichzutun, als Teil von 18 glorreichen EU-Sanktionspaketen?

Und ist es nicht ebenso normal, dass Länder wie Italien, Frankreich und Spanien, deren Staatsschulden längst die 100-Prozent-Marke des BIP überschritten haben und die kaum noch finanzierbar sind, die neuesten Sanktionen unterstützen? Die Folge? Ein herrlich chaotisches Durcheinander der Weltwirtschaftsprozesse und, letztlich, die Zerschlagung des makroökonomischen Umfelds Europas.

Zur Erinnerung für jene, die sich für unbedeutende Zahlen interessieren: Frankreich 113 Prozent, Italien 135 Prozent, Spanien 102 Prozent BIP-bezogene Staatsverschuldung. Und während diese Länder stagnieren und mit allerlei innenpolitischen Problemen – man denke nur an die Auswirkungen der Migration – kämpfen, lag die ungarische Staatsverschuldung Ende 2024 bei bescheidenen 73,5 Prozent und die russische bei erstaunlichen 16,4 Prozent – Letztere sicherlich trotz oder gerade wegen der vielen Sanktionen und der kriegsbedingten „Überausgaben“.

Die neue griechische Tragikomödie

Ist es denn noch im Bereich des politisch und wirtschaftlich Normalen, dass Griechenland, dieses glorreiche Land, das bereits einen Staatsbankrott hinter sich hat und keine Garantie dafür besitzt, nicht bald wieder in diese Lage zu geraten, sich nun selbstvergessen für neue, selbstzerstörerische Sanktionen ausspricht? Und das, während die Staatsverschuldung bei stolzen 154 Prozent liegt und der nächste Bankrott quasi schon winkt?

Ökonomen, diese doch so rationalen Gemüter, würden uns mit ihren Fachargumenten offensichtlich nicht erklären können, warum es für Länder gut sein sollte, irrationale politische Entscheidungen mit derart selbstzerstörerischen wirtschaftlichen Konsequenzen zu treffen. Daher drängt sich uns der starke Verdacht auf, dass die oben genannten Länder mit ihren katastrophalen Indikatoren wohl nicht aus freien Stücken in Sanktionen einwilligen, die den objektiven Interessen ihrer eigenen Staaten widersprechen. Auch die Erhöhung der Militärausgaben unter einer gewissen Kriegspsychose – und damit die mehrdimensionale Zerstörung eines bis 2022 noch relativ stabilen Weltwirtschaftsumfelds – scheint kaum auf eigenem Antrieb zu beruhen.

Der Tanz der Südländer auf dem Drahtseil

Es ist sicherlich keine einfache Lage, in der sich die italienische Regierungschefin oder der griechische Regierungschef befinden. Sie stehen vor einem wahrhaft monumentalen Dilemma.

Würden sie nämlich den verlockenden Vernunftargumenten folgen und die anstehenden Sanktionen nicht mittragen, so stünde ihnen die drohende Aussicht auf einen Staatsbankrott bevor. Denn die Finanzmärkte, so verlässlich sie sonst auch sind, werden ja bekanntlich von den globalistischen, kriegsfreundlichen Kräften dominiert. Und diese könnten sich dann vielleicht weigern, weitere Kapitalspritzen zu gewähren, oder sie werfen einfach italienische oder griechische Staatsanleihen auf den Markt und ziehen sich zurück – was die Wirtschaft, nun ja, zum Einsturz brächte.

Mit diesen Einsichten lässt sich das faszinierende „Tanzen und Zögern" von Giorgia Meloni, der italienischen Ministerpräsidentin, und ihrer Regierung zwischen dem von Trump geführten souveränistischen Lager und der „Koalition der Willigen", die den Ukraine-Krieg so vehement unterstützt, nunmehr vortrefflich erklären.

Aus einer rationalen Perspektive war es freilich absolut unerklärlich, wie Frau Meloni am 2. März in London an der Gründungssitzung der „Gruppe der Unruhestifter" teilnehmen konnte, während sie doch nur wenige Tage zuvor noch eine so harmonische gemeinsame Plattform mit der US-Administration demonstriert hatte.

Selbstzerstörung vom Feinsten

Es ist wahrhaft verblüffend, wie die EU-Elite sich über Präsident Trumps Ankündigung vom 14. Juli zu freuen scheint. Demnach werden die USA nach Ablauf eines gnädigen 50-tägigen Ultimatums für ein Friedensabkommen einen 100-prozentigen Zoll auf US-Exporte von Ländern erheben, die es wagen, mit Russland Handel zu treiben. Man fragt sich, wie diese Freude zu erklären ist, denn ich hege doch erhebliche Zweifel, dass die Europäische Kommission als auch die Regierungen der Mitgliedstaaten die verheerenden Konsequenzen eines solchen Schritts für die 27 EU-Länder, den gesamten europäischen Raum und sogar die Weltwirtschaft ignorieren könnten. Die BRICS-Staaten bereiten derweil schon eifrig ihre Gegenschläge vor.

Die europäischen Vasallen applaudieren begeistert, dass ein einzelner UN-Mitgliedstaat – unter Missachtung aller geschriebenen und ungeschriebenen Regeln – es wagt, alle Staaten der Welt, jeden Menschen und jeden Wirtschaftsakteur auf dem Planeten zu sanktionieren (sprich: zu erpressen). Die selbsternannten Verfechter von Demokratie und Souveränität sehen in Präsident Trumps Vorgehen nichts Außergewöhnliches. Es scheint sie auch nicht

zu stören, dass sie die Souveränität der Ukraine absolut setzen, um eine NATO-Mitgliedschaft herbeizuführen, die Europa destabilisiert, während sie gleichzeitig ausgesprochene Begeisterung für die Erpressung von 192 souveränen UN-Mitgliedstaaten durch Washington zeigen, gerade in einer Zeit, in der die 450 Millionen Menschen umfassende EU und ihr globales Umfeld dem Ruin entgegensteuern.

Man könnte fast meinen, die UN-Charta – insbesondere der störende Passus über die Gleichheit der Staaten – wird bereits fleißig in den Brüsseler Aktenvernichtern entsorgt. Nur so lässt sich verhindern, dass ein übereifriger Praktikant sie versehentlich in den Vorbereitungsmaterialien für eine der nächsten Sitzungen des Europäischen Rates zitiert.

Stecken geblieben im Drehbuch: Wenn die Realität ignoriert wird

Die Absolutierung des Ukraine-Krieges unter der Führung des ehemaligen US-Präsidenten Biden ist derart fulminant gelungen, dass die europäischen Co-Autoren des Drehbuchs scheinbar mitten in der Story stecken geblieben sind. Sie haben offenbar nicht einmal mitbekommen, dass der neue Außenminister der USA Marco Rubio am 6. März 2025 mit einer verblüffenden Klarheit verkündete: Der russisch-ukrainische Krieg sei „ein Stellvertreterkrieg zwischen den Vereinigten Staaten und Russland, und dem muss ein Ende gesetzt werden“.

Die EU-Elite hat sich seit den ersten Tagen des Ukraine-Krieges mit einer bewundernswerten Entschlossenheit dem heiligen Ziel verschrieben, sich von allem Russischen loszusagen. Nüchterne Argumente? Folgenabschätzungen? Solch banale Dinge wurden einfach beiseite gewischt. Stattdessen ertönte unisono das beruhigende Mantra: „Russland ist kein zuverlässiger Partner.“ Dies geschah völlig unabhängig von der Tatsache, dass berechenbare Verträge mit Laufzeiten von fünf bis 15 Jahren einst Lieferungen zu erschwinglichen Preisen garantierten.

Die Mehrheit der EU-Regierungen, beflügelt vom „Banden-Effekt“ und der damit einhergehenden Entlastung von jeglicher Verantwortung, denkt bis heute nicht über die lähmenden Konsequenzen der immer neuen Sanktionspakete für die europäische Wirtschaft nach. Und das Ergebnis? Nun, es ist bereits deutlich sichtbar: Die EU verliert kontinuierlich an Boden unter den globalen Akteuren. Dieser Trend ist im Vergleich mit den USA besonders frappierend.

Brüssels Weg in die abhängige Zukunft

Im Bereich der Energieträger hat Brüssel in nur wenigen Jahren eine vollständige

Abhängigkeit von Washington kultiviert. Dies geschah auf eine geradezu unbegreifliche Weise, indem man die über Jahrzehnte hinweg mit Russland aufgebauten, verlässlichen Pipeline-Transportsysteme einfach ignorierte. Die russischen Energieträger wurden nun ersetzt durch LNG-Gas, das zu mehrfachen Preisen importiert wird und dessen Zuverlässigkeit auf unberechenbaren US-Präsidenten basiert. Hinzu kommt russisches Öl, das auf verschlungenen Wegen über andere Weltregionen – und selbstverständlich mit indischen oder marokkanischen Gewinnspannen – seinen Weg nach Europa findet. Ach ja, die norwegischen Gasfelder sind endlich, und die Instabilität des Nahen Ostens in Sachen Energieimport ist ja hinlänglich bekannt. Das Ganze auch noch per Seetransport – eine Option, die natürlich nicht jedem Staat offensteht.

Eine Person mit strategischer Weitsicht würde niemals Entscheidungen treffen, die den Interessen der ihr anvertrauten Organisation zuwiderlaufen. Doch seit Februar 2022 kann die EU-Elite offensichtlich nicht mehr als rationaler Akteur betrachtet werden. Mit 18 Sanktionspaketen hat sie die Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer eigenen Länder auf eine Weise vereitelt, die an künstlerische Selbstsabotage grenzt.

Die EU hat sich selbst von nahegelegenen Energieträgern und Rohstoffen, von etablierten Märkten und wichtigen Verkehrsrouten abgeschnitten. Brüssel agiert hier als Komplize, indem es sich der Führung der USA anschließt und dabei die internationalen Geld- und Investmentmärkte, die Versicherungsmärkte und die globalen Transportrouten zerschlägt. Gleichzeitig wird die zuvor als heilig geltende Praxis des kapitalistischen Freihandels, der auf der Gleichheit der Länder basiert, aufs Schönste diskreditiert.

Gold im Sand ist sicherer als Geld in Europa

Das Einfrieren, die „Entwendung“ und die anschließende Übertragung russischer Auslandsvermögen an ein Drittland untergräbt die Zuverlässigkeit von Investitionen in der Euro-Zone von Grund auf. Denn mal ehrlich: Welcher „verrückte“ Investor oder Regierungschef würde heute noch zig oder gar Hunderte von Milliarden in Ländern platzieren, in denen man diese Gelder jederzeit durch eine einfache politische Entscheidung verlieren kann? Es ist doch offensichtlich: Es ist weitaus sicherer, einen Kubikmeter Gold in der Wüste zu vergraben, als sein Vermögen einer belgischen Bank anzuvertrauen, die gerade russisches Kapital beschlagnahmt hat. Wer es nicht glaubt, der möge doch einfach die Geschädigten befragen.

Apropos Gold: Im Februar 2022 lag der Preis einer Unze Gold bei bescheidenen 1.636 Euro. Heute, nur etwas mehr als drei Jahre später, steht sie bei stolzen 2.876 Euro. Das bedeutet, der Euro hat in dieser Zeit sage und schreibe 76 Prozent seines Wertes gegenüber Gold

verloren. Herzlichen Dank, Brüssel, für diese aufopfernde Sanktionspolitik und die dabei gezeigte, überaus spürbare sachkundige Expertise.

Europas goldene Ära des Verlusts

Welchen Ertrag hat dieses politische und wirtschaftliche Amoklaufen denn nun? Nun, wer hätte das gedacht: Keinen, der auch nur annähernd die Nachteile der Sanktionspakete aufwiegen könnte, weder für die 27 EU-Mitgliedstaaten noch für die Weltwirtschaft insgesamt. Es ist eine wahre Meisterleistung, so viel Aufwand für so wenig Nutzen zu betreiben.

Der verabsolutierte Krieg wurde, man höre und staune, gerade von jenen politischen Akteuren nicht durch einen Friedensschluss beendet, die auch heute noch eine führende Rolle bei der von der „Koalition der Willigen" aufrechterhaltenen Kriegshetze spielen. Und wo immer es geht, behindern sie die von Präsident Trump angekündigte Beendigung des Krieges. So war es doch der ehemalige britische Premierminister Boris Johnson (glücklicherweise außerhalb der EU!), der mit seinem Kiew-Besuch am 9. April 2022 die schnelle Möglichkeit eines ukrainisch-russischen Friedensschlusses galant verhinderte. Und ein britischer Premier – Keir Starmer – berief am 2. März 2025 in London auch noch die Koalition der am Kriegsfortschritt Interessierten ein. Die EU-Elite assistiert dabei natürlich.

Brüssel hat die gesamte Funktion der Integrationsorganisation der Verabsolutierung des Ukraine-Krieges untergeordnet. Die Fortsetzung des Krieges wurde mit Trumps Amtsantritt als angekündigte Gefahr dargestellt. Doch die „Koalition der Willigen" hat dies innerhalb weniger Monate erfolgreich in eine „US-amerikanische Zögerlichkeit" und eine „unberechenbare, unverständliche Ukraine- und Russland-Politik" der Vereinigten Staaten umgemünzt. Dabei spielten die bereits vorsorglich vor Trumps Amtsantritt getroffenen und die neueren wirtschaftlichen und finanziellen Entscheidungen eine entscheidende Rolle:

- Im Januar 2024 fiel die bahnbrechende Entscheidung über eine Finanzhilfe von 50 Milliarden Euro für die Ukraine – zur „Finanzierung der nächsten vier Kriegsjahre".

- Die 27 EU-Mitgliedstaaten beschlossen am 6. März 2025 auf einem außerordentlichen EU-Gipfel in Brüssel, sage und schreibe 800 Milliarden Euro zu mobilisieren, um „Europa aufzurüsten", wie es die europäischen Vertreter für nötig erachten.

- Die Europäische Union legte im Mai 2025 einen Verteidigungskreditrahmen in Höhe von 150 Milliarden Euro auf. Die Kommission beschafft das Kapital auf den Märkten und ermutigt natürlich zum Kauf von Waffen für die Ukraine.

- Und in diesen Tagen wurde bekannt, dass die EU im Rahmen ihres Haushaltsentwurfs für den Zeitraum 2028 bis 2034 über 300 Milliarden Euro in verschiedenen Bereichen für die Unterstützung der Ukraine vorsieht. Dieser Betrag, der etwa 20 Prozent der gesamten Haushaltsmittel ausmacht, kann, so die Einschätzung, auch als „Gnadenstoß für die europäische Wirtschaft“ gewertet werden.

Wer steuert die Irrfahrt der EU?

Die Irrationalität der EU-Elite und die Unterordnung der Interessen der 27 Mitgliedsländer unter die wirtschaftlichen und machtpolitischen Pläne von Akteuren außerhalb der EU sind, auch wenn man die Zahlen betrachtet, augenfällig.

Hier agiert eine „ungefasste koordinierende Kraft“ – die „Koalition der Willigen“ (oder „Unruhestifter“) – die ohne jeglichen institutionellen Hintergrund oder Legitimation Initiativen gegenüber der EU-27 und der NATO-32 setzt. Und dabei wird das gesamte wirtschaftliche Potenzial der Mitgliedsländer dieser Integrationsorganisationen mobilisiert.

An der Arbeit dieser „Unruhestifter“ beteiligen sich aktiv auch Persönlichkeiten wie Ursula von der Leyen, die Präsidentin der EU-Kommission, und Mark Rutte, der NATO-Generalsekretär. Es bleibt allerdings ein Mysterium, wessen Ermächtigung sie hierbei genießen. Schließlich sind sie doch administrative Leiter ihrer jeweiligen Organisationen, die sich in Fragen der Außenpolitik oder gar Krieg und Frieden ohne eine konsensuale Haltung ihrer Organisationen eigentlich nicht äußern dürften. Und eine solche Haltung existiert schlichtweg nicht!

Die perfekte Symbiose

Mit der heutigen EU-Elite dürften sich für Washington kaum bessere Bedingungen ergeben, um Europa in der Vasallenrolle zu halten. Präsident Trump hat recht: Ein wichtiges Element zur Aufrechterhaltung der US-Hegemonie ist die stabile, durch ständige Garantien gesicherte Aufrechterhaltung der Autorität über Europa.

Und Garantien? Die gibt es zur Genüge! Sie finden sich just in jenen wirtschaftlichen Maßnahmen, welche die EU-Elite den 27 Mitgliedstaaten noch auf Bidens Initiative hin eigenhändig aufzwang, sowie in jenen, die die neue Führung der USA selbst zur langfristigen Niederhaltung der europäischen Wirtschaft einführte. Dazu gehören erfreulicherweise das erhöhte NATO-Budget, die protektionistischen Handelsnormen, die Delegierung der weiteren Finanzierung des Ukraine-Krieges, Sanktionen rund um die Uhr

und natürlich die direkte Steuerung der täglichen Angelegenheiten, wie es sich für echte Vasallen geziemt.

Es hat sich jedoch gezeigt, dass die „Koalition der Willigen“ zwar ein ungeheures Potenzial zur weiteren Eskalation des Ukraine-Krieges besitzt, doch sobald die Verbindung zwischen „Willigkeit“ und „Portemonnaie“ zur Sprache kommt, möchte man die Kosten plötzlich den nicht oder weniger Willigen aufbürden. Ein wahres Wunder der Effizienz! In dieser Rolle sehen wir heute charmant den französischen Präsidenten Macron und die italienische Ministerpräsidentin Meloni. Sie zeigten nur so lange große Sympathie für die Lieferung US-amerikanischer Waffen an die Ukraine, bis Präsident Trump diese schließlich genehmigte – natürlich mit europäischer Finanzierung. Nach Trumps Entscheidung vom 14. Juli verkündeten Paris und Rom dann doch überraschend schnell, dass sie sich an der Transaktion nicht beteiligen wollten. Möglicherweise haben ihre Finanzminister über den Zustand der Wirtschaft berichtet?

Eine Ode an die „neue“ Weltordnung

Der geschätzte Leser wird mir sicherlich zustimmen, dass das Hauptmerkmal der heutigen, USA-dominierten Weltordnung die beispiellose Berechenbarkeit des dominanten Akteurs ist – den heute bekanntermaßen Präsident Trump verkörpert. Wir erleben eine Ära, die sich durch die kategorische Abneigung vor dem Einsatz von Gewalt und Druck auszeichnet, gepaart mit einem tief verwurzelten Respekt vor allen anderen souveränen Staaten und einem aufrichtigen Glauben an den demokratischen Charakter der internationalen Beziehungen.

Angesichts des moralischen Zustands des kollektiven Westens lässt sich mit größter Zuversicht feststellen, dass Präsident Trump hervorragende Chancen auf den bevorstehenden Friedensnobelpreis hat. Die Voraussetzungen könnten idealer kaum sein: Es ist geradezu passend, dass der vom Internationalen Strafgerichtshof gesuchte israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu einer der Nominierenden ist. Ein weiterer, überaus positiver Indikator ist die bemerkenswerte Tatsache, dass sowohl der Nominierende als auch der Nominierte innerhalb eines Zeitraums von nur zehn Tagen, am 13. und 22. Juni, nachweislich unprovozierte Aggressionen gegen dasselbe souveräne Land, den Iran, verübt haben.

In diesem für ihn durchweg positiven Umfeld kann ein Staat (die USA) nun, ganz ohne lästigen völkerrechtlichen Hintergrund, 192 souveräne UN-Mitgliedstaaten sanktionieren (sprich: mit militärischer und wirtschaftlicher Macht erpressen), wann immer es seinen Interessen beliebt; sagen wir täglich, ohne dass die in Vasallenrolle agierende EU-Elite auch

nur einen Mucks von sich gäbe. Im Gegenteil, sie schließt sich sogar mit ihren eigenen Sanktionen eifrig an! Der von globalistischer Ideologie und einem tief sitzenden Russlandhass angetriebene Mechanismus der Europäischen Union zerschlägt mit dieser bereitwillig angenommenen US-amerikanischen Hilfe seine eigene Wirtschaft und sein internationales Umfeld noch effektiver. Der Chaos-Kurs und der Abwärtstrend setzen sich unaufhaltsam fort, zur Freude aller, die ein Faible für das Dramatische haben.

Titelbild: Shutterstock / Anton Vierietin